

Windkraft als Thema für die Kommunalwahl

Verzicht auf Anlagen im Naturpark Spessart zentrale Forderung für den Dachverband „Gegenwind MKK“

Main-Kinzig-Kreis (re). Die Verabschiedung eines Regionalplans „Windkraft“ für Südhessen sollte den ungezügelten Ausbau der Windkraft auch im Main-Kinzig-Kreis in geordnete Bahnen lenken. „Leider wird große Geduld verlangt, denn die zweite Offenlegung wurde auf einen Termin nach der Kommunalwahl 2016 verschoben“, heißt es in einer Mitteilung des Dachverbands „Gegenwind MKK/Naturpark Spessart“. Dieses „wahltaktische Manöver“ zeige, dass die etablierten Parteien eine Auseinandersetzung mit dem Thema Windkraft scheuten.

Die Verschiebung bringe den Bürgern im Main-Kinzig-Kreis nur Nachteile, denn ohne einen gültigen Regional- oder Flächennutzungsplan könnten Windkraftanlagen auch weiterhin ohne eine breite Öffentlichkeitsbeteiligung als privilegierte Anlagen nach Paragraph 35 Baugesetzbuch im Außenbereich genehmigt werden. Ver-

scharft werde die Lage zusätzlich dadurch, dass zurzeit die mit viel Aufwand und Kosten erstellten Teilflächennutzungspläne Windkraft der Gemeinden regelmäßig vom Regierungspräsidium abgelehnt würden, wie die Beispiele Biebergemünd und Sinnthal zeigten. Die Auswirkungen dieser Taktik seien zurzeit im Berg-

winkel und im Sinnthal drastisch zu spüren. Dort überraschten Windkraftprojektierer die Bevölkerung fast im Wochentakt mit neuen Projekten.

In verschiedenen Regionen in Süd- und Osthessen formiere sich der Widerstand gegen einen unkoordinierten Ausbau der Windkraft immer massiver. Im Taunus und im Kreis Fulda habe sich selbst die CDU gegen die jetzige Umsetzung der Energiewende positioniert. Einzig im Main-Kinzig-Kreis stünden weiterhin fast alle etablierten Parteien kritiklos hinter dem von der schwarz-grünen Landesregierung vorgegebenen Kurs eines massiven Ausbaus der Windkraft im

Main-Kinzig-Kreis. Für die Mitglieder des Dachverbands „Gegenwind MKK“ ist nicht nachvollziehbar, weshalb die etablierten Parteien im Kreis dieses konfliktreiche Themenfeld den beiden kleineren Parteien FDP und AfD überließen. Nur diese sprächen sich gegen eine ökologisch und ökonomisch sinnlose Energiewende auf Kosten der Bürger im Kreis aus.

Die im Dachverband zusammengeschlossenen Initiativen kündigen an, in den nächsten Monaten das Gespräch mit Vertretern aller Parteien und Wählergruppierungen in den Gemeinde- und Stadtparlamenten zu suchen. Gemeinsam gelte es zu verhindern, dass sich

einzelne Windkraftprojektierer und „Pachtgewinnler“ auf Kosten der Allgemeinheit bereicherten. Einen Ausverkauf des Naturparks Spessart zugunsten schneller Gewinne Einzelner dürfe es nicht geben.

Zurzeit halte sich der Dachverband noch alle Optionen für die Kommunalwahl 2016 offen, gehe aber davon aus, dass es bei den Gesprächen Unterstützung für seine beiden wichtigsten Ziele gebe: keine Windräder im Naturpark Spessart und ein Mindestabstand für Windkraftanlagen vom zehnfachen der Höhe zur Wohnbebauung. Beide Ziele würden von den bayerischen Nachbarn bereits umgesetzt.

025 11.02.10 71 520
Ginz